

Haushaltsrede 2025

Des Fraktionsvorsitzenden der SPD/FDP-Fraktion Armin Welteroth im Gemeinderat der Stadt Waldkirch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, sehr geehrte ZuhörerInnen,

der städtische Haushalt und die finanzielle Situation der Kommunen stellen unsere Stadt vor große Herausforderungen. In den letzten Wochen überschlugen sich bundesweit die Meldungen über die desolante Finanzausstattung der Kommunen. Das sorgt nachvollziehbar für große Verunsicherung in der Bevölkerung.

Der besinnlichen Adventszeit entsprechend, möchte ich daher einleitend bewusst einen hoffnungsvollen und positiven Akzent setzen.

Wir sollten uns trotz aller Schwierigkeiten nicht dem Chor der Pessimisten und Schwarzmalern anschließen – Waldkirch ist lebendig, lebt vom Mut zur Gestaltung und vom Vertrauen in die Zukunft.

Waldkirch ist stark – Gemeinschaft als größtes Kapital

Wer mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, spürt die Lebensqualität, das Miteinander und das große Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger. Diese Gemeinschaft ist unser größtes Kapital, gerade in schwierigen Zeiten. Unsere vielfältige Schullandschaft, kulturelle Einrichtungen und die wunderschöne Natur machen Waldkirch aus.

In den letzten Jahrzehnten haben wir ein beachtliches Vermögen aufgebaut: Immobilien, Wohnungen, Grundstücke wie die Elzschleife oder kulturelle Schätze wie die Orgelsammlung. Das Engagement vieler zeigt sich nicht zuletzt in Veranstaltungen wie dem „Singenden Weihnachtsbaum“ und vielen weiteren kulturellen Veranstaltungen 2026. Waldkirch lebt – und das trotz aller Herausforderungen.

Was zeichnet uns darüber hinaus aus?

Leistungen der Stadtwerke und Wohnungswirtschaft: Zukunft gestalten

Die Stadtwerke Waldkirch sind für alle Bürgerinnen und Bürger ein verlässlicher Partner. Nicht nur durch die jüngste Senkung der Strompreise, sondern auch durch innovative Projekte und das Eintreten für den Klimaschutz wird deutlich, wie kommunale Daseinsvorsorge nachhaltig gestaltet werden kann.

Die Wohnungswirtschaft leistet einen zentralen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und sorgt für bezahlbaren Wohnraum. Wir möchten deshalb den Bestand weiter ausbauen. Die SPD/FDP-Fraktion möchte mit unserer Wohnungswirtschaft und weiteren verlässlichen sozialen und genossenschaftlichen Partnern auf der Elzschleife weiteren bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wir müssen gerade schmerzlich erkennen, dass es schwierig ist, ausreichend bezahlbaren Wohnraum auf den Flächen zu schaffen, die von Investoren bebaut werden.

Wir sollten diesen städtischen Wohnungsbestand auch weiterhin , hegen und pflegen und uns auch nicht verführen lassen, einzelne Wohnungen davon zu verkaufen

Mit den neuen Projekten wie dem Kauf des Wohnheims Sankt Nikolai und des Josefshauses werden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Das eröffnet neue Perspektiven für Pflege und Wohnen und bietet uns in Kollnau die Chance, städtebaulich aktiv zu gestalten.

Wir möchten, soweit möglich, dies alles, was in den letzten Jahrzehnten geschaffen wurde und unsere Stadt bereichert, erhalten und gleichzeitig aber auch neue Herausforderungen anzugehen. Dies ist eine große Aufgabe angesichts der eingangs geschilderten finanziellen Situation. Wir benötigen daher Kreativität, Mut, Unterstützung von Bund und Land, aber auch in stärkerem Maße als bisher Eigenverantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger.

Finanzielle Herausforderungen: Haushaltssperre und angespannte Lage

Die diesjährigen Haushaltsberatungen standen unter dem Zeichen der Haushaltssperre und den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Wir mussten schmerzlich erkennen, dass die Handlungsfähigkeit nur gesichert werden kann, wenn Sparmaßnahmen ergriffen und Prioritäten gesetzt werden. Darüber herrscht Einigkeit im Gremium. Es gibt naturgemäß

unterschiedliche Meinungen darüber in welchem Maße gespart werden muss und welche Maßnahmen priorisiert werden sollen. Trotz dieser Unterschiedlichkeiten waren unsere Beratungen konstruktiv und wurden in einer guten Atmosphäre geführt, wofür wir uns bei den Kolleginnen im Gemeinderat und bei der Verwaltung ausdrücklich bedanken möchten.

Das gesamte Gremium und die Verwaltung stehen trotz aller Widrigkeiten zu der Verantwortung, in Bildung und Infrastruktur zu investieren. So sind im Haushalt Mittel für zwei neue Kindertagesstätten vorgesehen – ein klares Bekenntnis zu Investitionen in die Zukunft unserer Stadt und der Familien. Das zeigt: Es ist zwar schwierig, aber wir sind handlungsfähig und können auch in diesen Zeiten in die Zukunft investieren.

Neben der Pflichtaufgaben dürfen aber auch soziale Initiativen und kulturelle Einrichtungen nicht gefährdet bzw. infrage gestellt werden – sie sind das Fundament unserer Stadtgesellschaft. Wir mussten nichtsdestotrotz auch bei der Mediathek, dem Elztalmuseum und der Musikschule Kürzungen vornehmen. Es ist uns aber gemeinsam gelungen, ursprünglich geplante massivere Kürzungen zu vermeiden, sodass die Einrichtungen im Großen und Ganzen gut weiterarbeiten können. Weitere Kürzungen würden aber sicherlich an den Einrichtungen nicht mehr spurlos vorbeigehen.

Wir sollten uns daher gerade in diesen finanziell schwierigen Zeiten an das Motto aus Coronazeiten erinnern und es beherzigen: „Ohne Kunst und Kultur wird es still.“

Sparmaßnahmen und soziale Verantwortung

Die Erhöhung der Hundesteuer und der Eintrittspreise für bestimmte städtische Einrichtungen sind schmerzliche, aber notwendige Maßnahmen. Dabei war es unserer Fraktion wichtig, sozial Schwächere zu schützen und ihnen weiterhin gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die SPD/FDP-Fraktion wird sich auch dafür einsetzen, dass bei der bevorstehenden Erhöhung der Eintrittspreise im Schwimmbad Kinder ausgenommen werden. Unser Familienpass ist zudem ein bewährtes Instrument, sozial schwächere Familien zu unterstützen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – wie auch für die Freien Demokraten in Waldkirch – ist Solidarität keine bloße Floskel, sondern gelebte Praxis.

Was uns schmerzt, ist der Wegfall der Unterstützung für die Obdachlosen. Die Mehrheit unserer Fraktion hätte es sehr begrüßt, wenn die notwendige Unterstützung für die Ärmsten unserer Gesellschaft fortgeführt worden wäre. Leider konnten wir dafür keine Mehrheit gewinnen. Wir müssen uns jedoch selbstkritisch eingestehen, dass wir dieses Thema im Trubel der vielen Aufgaben zu spät auf dem Schirm hatten.

Wir können uns vorstellen, dass es gemeinsam mit engagierten Gemeinderäten und weiteren Ehrenamtlichen gelingt, die erforderlichen Mittel für 2026 einzuwerben und ab 2027 die Förderung wieder aufzunehmen.

Wir sollten grundsätzlich in diesen Zeiten verstärkt auch um eine finanzielle Unterstützung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger werben. Wir wünschen uns von der Verwaltung, – an der Spitze der Oberbürgermeister – dass kreative Konzepte entwickelt werden, wie durch Spenden oder Sponsoren einzelne Veranstaltungen oder Einrichtungen, erhalten bleiben können.

Wir konnten den Ergebnishaushalt am Ende der Haushaltsberatungen um knapp 2 Millionen verbessern, hierin ist allerdings bereits die erste Schlüsselzuweisung aus dem Infrastrukturtopf des Bundes enthalten.

Ein Verlust von 4 Millionen im Ergebnishaushalt bleibt trotzdem stehen.

Würde die Kreisumlage so beschlossen, wie von der Kreisverwaltung vorgeschlagen, würde sich der Verlust weiter erhöhen. Die schwierige Situation der Landkreise steht unter anderem auch im Zusammenhang mit Leistungen der Eingliederungshilfe und anderen Leistungen, die von Bund und Ländern nicht vollständig ausgeglichen werden. Deutlich kritisieren möchte ich allerdings, die Planungen des Kreises, in Emmendingen ein Parkhaus für die Berufsschule zu bauen, mit einem Investitionsvolumen von mehreren Millionen. Dies wird nicht nur den Haushalt des Kreises belasten, sondern in der Folge auch die Haushalte der Kommunen. Das passt nicht in diese Zeit. Deshalb appellieren wir an den Kreistag, entweder diese Entscheidung zurückzunehmen oder zukünftig auf die Erhöhung der Kreisumlage zu verzichten.

Impulse für Waldkirch 2030

Die Haushaltsberatung 2026 war die erste Etappe, die schweren Bergetappen folgen in den Jahren bis 2030.

Lassen Sie uns gemeinsam – damit meine ich auch die Bürgerinnen und Bürger Waldkirchs, die sich unter anderem auch in Einwohnerversammlungen artikulieren sollten – Leitplanken und Ziele für eine nachhaltige, gerechte und zukunftsfähige Stadtpolitik entwickeln. Wir müssen uns auf den Weg machen, um Waldkirch auch unter schwierigen Bedingungen zukunftsfähig aufzustellen. Was heißt das?

- Wir brauchen endlich eine faire Finanzpartnerschaft: Wir fordern eine gerechte, deutlich stärkere Umverteilung der Lasten zwischen Kommune, Land und Bund. Die kommunale Selbstverwaltung – ein Grundrecht gemäß Artikel 28 unseres Grundgesetzes – ist in Gefahr. Wir appellieren mit Nachdruck: Bund und Länder müssen gemeinsam mit uns für tragfähige Lösungen sorgen. Es ist erfreulich und ich möchte dies nochmals ausdrücklich hervorheben, dass auch nach Waldkirch in den nächsten Jahren erhebliche Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes fließen und vermutlich auch Mittel aus der Sportförderung. Dies ist allerdings, um in der Sprache unseres Kämmers bei Einbringung des Haushalts zu bleiben, eine Notversorgung, die uns hilft, die Schmerzen zu lindern, aber noch keine Therapie.
- Wer bei den Kommunen Leistungen bestellt, muss diese auch bezahlen. Sollte dies nicht gelingen, werden auch Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich unausweichlich sein – das darf nicht geschehen. Dies würde nur denjenigen in die Hände spielen, die Zwietracht säen und unsere Gesellschaft spalten wollen.
- Die Haushalte des Bundes und der Länder sind aber auch angespannt. Es braucht daher endlich eine gerechte Umverteilung des in Deutschland vorhandenen Vermögens! In Deutschland ist sehr viel Geld im Umlauf. Wir sind ein reiches Land. Milliarden werden jedes Jahr an den Börsen spekuliert, große Finanzkonzerne verdienen enorme Summen, und Plattformen wie Facebook und Google erwirtschaften durch Werbung und Datenhandel gigantische Gewinne. Gleichzeitig werden Milliardenbeträge für Fußballübertragungen und Spielergehälter ausgegeben – während in den Kommunen und bei sozialen und kulturellen Projekten häufig das

Geld fehlt. Diese Ungleichverteilung muss dringend angegangen werden.

Nur so kann der soziale Zusammenhalt gesichert und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen erhalten bleiben.

- Transformation als Chance: Wir sollten den notwendigen Wandel aber nicht nur als Bedrohung begreifen, sondern die notwendige Transformation auch als Chance begreifen.
- Eine effiziente Verwaltung ist der Schlüssel zur Zukunft. Durch Digitalisierung und Prozessoptimierung – z.B. bei der Wohngeldbeantragung – schaffen wir mehr Service und Transparenz für unsere Bürger. Wir erwarten daher von unserem Oberbürgermeister an der Spitze der Verwaltung, diesen Prozess in Gang zu setzen. Die Leistungen, die wir anbieten, müssen möglichst effizient gestaltet werden. Wir haben im Zusammenhang mit dem Projekt M7 konkrete Konzepte eingefordert und können diesbezüglich auf den gemeinschaftlichen Antrag der Fraktionen hinweisen. Grundsätzlich ist das Konzept, eines Beratungszentrums zu begrüßen, allerdings hätten wir ein ganzheitliches Konzept vor dem Kaufbeschluss erwartet. Wir möchten allerdings nicht nur kritisieren, sondern im Dezember gemeinsam mit der Verwaltung nach vorne schauen und das Beste aus diesem Projekt machen.
- Wohnraum und Weiterentwicklung: Die Weiterentwicklung der gesamten Stadt, auch unserer Stadtteile, darf nicht stehen bleiben. Ziel ist eine nachhaltige Stadtentwicklung, bei welcher auch der Klimaschutz einen hohen Stellenwert haben sollte.
- Wohnen und Arbeiten in Waldkirch war stets ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Wir brauchen Arbeitsplätze für diejenigen, die in Waldkirch Wohnen und Leben, wir brauchen sie aber auch damit wir Einnahmen aus Gewerbesteuer erzielen können. Wir müssen daher eine aktive Wirtschaftsförderung betreiben und viel stärker als in der Vergangenheit den Fokus auf die Ausweisung neuer Gewerbegebiete oder Mischgebiete legen.

Schluss: Aufruf zu Optimismus und gemeinsamer Verantwortung

Wie möchten uns abschließend bei der Verwaltung, an der Spitze der Oberbürgermeister und die DezernentInnen, sowie auch bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für das Engagement, die konstruktive Zusammenarbeit und den Einsatz für unsere Stadt bedanken.

Lassen Sie uns die Herausforderungen der kommenden Jahre weiter gemeinsam annehmen – nicht mit Resignation, sondern mit Optimismus und dem festen Glauben an die Stärke unserer Gemeinschaft. Wir müssen es alle miteinander auch aushalten, wenn wir unterschiedliche Meinungen über den richtigen Weg haben, das zeichnet unsere Demokratie aus, sollten es uns gegenseitig aber auch nachsehen, wenn wir manchmal über das Ziel hinausschießen und emotional werden. Das macht deutlich, dass uns allen Waldkirch am Herzen liegt. Es liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Weg konstruktiv und positiv zu gestalten. – für eine lebenswerte Stadt, für ein starkes Miteinander und für eine erfolgreiche Zukunft Waldkirchs.

Herzlichen Dank!